

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 295.

Montag, den 23. December

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 1 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Einladung zur Pränumeration auf die „Kraukauer Zeitung“

Mit dem 1. Jänner 1862 beginnt ein neues vierzehnjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationen-Preis für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1862 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraukau bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Die Administration.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Oberlandesgerichtspräsidenten, Johann Salzl, als Ritter des Leopold-Ordens den Statuten dieses Ordens gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums mit dem Prädikate „von Glanir“ allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 11. December d. J. dem Rathe des k. k. Oberlandesgerichtes zu Oedenburg, Anton von Hegedüs, bei seiner Verlegung in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner durch eine lange Reihe von Jahren geleisteten ausgezeichneten Dienste, taxfrei den Titel eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 15. December d. J. dem gewesenen Bürgermeister der Stadt Zugenburg, Anton Leopold Pfeiffer, in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 14. December d. J. dem gewesenen Bürgermeister der Stadtgemeinde Klado in Böhmen, Anton Kocmann, in Anerkennung seines vieljährigen und erprießlichen Wirkens das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Der Staatsminister hat den griechisch-katholischen Priester und Nebenlehrer am zweiten vollständigen Gymnasium in Kemberger, Michael Dabca, zum wirklichen Gymnasiallehrer mit einstweiliger Verwendung am dortigen akademischen Gymnasium ernannt.

Das Finanzministerium hat bei dem bestehenden Post-Courts-bureau den bisherigen Adjunkten Michael Gehring zum Vice-Direktor, dann den Postkommissar Edward Kempes und die Post-Offiziale erster Klasse Alexander Mayer und Karl Friederich zu Adjunkten ernannt.

Das Justizministerium hat den Gerichts-Adjunkten des Landesgerichtes in Belluno, Joseph Da Ponte, zum Vice-Verwalter des dortigen Notariatsarchivs ernannt.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

### Ernennungen:

Der Hauptmann erster Klasse, Friedrich Ritter von Beck, des General-Quartiermeister-Stabes, zum Major und Flügel-Adjutanten des Feldmarschalls Freiherrn von Hess, und der Rittmeister erster Klasse, Hermann Freiherr von Werners, des Kürassier-Regiments König Ludwig von Bayern Nr. 10, zum Major beim Kürassier-Regimente Graf Wallmo, den-Gimborn Nr. 6.

### Ueberseetzungen:

Die Majore: Wafa Stokovic, vom Deutsch-Banater Grenz-Infanterie-Regimente Nr. 12, und Edward Studinski, Ritter von Prus, vom Infanterie-Regimente Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Nr. 57, beide zum Infanterie-Regimente Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach Nr. 64; Rudolph Buchwald, vom Infanterie-Regimente Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach Nr. 64, zum Infanterie-Regimente Großherzog von Mecklenburg-Schwerin Nr. 57;

Joseph Andriewich von Knespolze, vom Infanterie-Regimente Großfürst Michael von Rußland Nr. 30, zum Deutsch-Banater Grenz-Infanterie-Regimente Nr. 12; Franz Sauerba, vom Infanterie-Regimente Erzherzog Franz Karl Nr. 52, zum Infanterie-Regimente Großherzog von Lothringen Nr. 66;

Karl Graf Bussi, vom Infanterie-Regimente Freiherr von Graf Nr. 49, zum Infanterie-Regimente Freiherr von Hockbach Nr. 40, und

Adolph Brodzek, aus dem zeitlichen Pensionsstande, zum Infanterie-Regimente Erzherzog Franz Karl Nr. 52.

### Verleihungen:

Dem pensionirten Hauptmann erster Klasse Peter Thurbach und dem pensionirten Rittmeister erster Klasse Joseph Kellner der Majors-Charakter ad honores.

### Pensionirung:

Der Major, Gustav von Wärbegyi, des Infanterie-Regiments Freiherr von Hockbach Nr. 40.

In Folge der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 wird den 2. Jänner 1862 um 9 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Lokale im Bankhause in der Singerstraße die 348. und 349. Verlosung der älteren Staatsschuld vorgenommen werden. Unmittelbar hierauf wird die 15. Verlosung der Mailand-Como-Eisenbahn-Deutsche, Johann die 19. Verlosung der Obligationen des im Jahre 1852, und die dritte Verlosung der Obligationen des im Jahre 1859 in England aufgenommenen Anlehens — ferner die achte

Verlosung der Obligationen des fundirten Speers. Anlehens der Wien-Wlognitzer Eisenbahngesellschaft vom Jahre 1845 und die erste Verlosung der Obligationen des Anlehens der Wien-Wlognitzer Eisenbahngesellschaft vom Jahre 1819, endlich die 15. Verlosung der Serien des Pottio-Anlehens vom Jahre 1854 stattfinden.

Von der k. k. Direktion der Staatschuld.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 23. December.

In Washington hat man sich dafür entschieden, die Herren Majon und Sidell als Verschwörer zu behandeln. In dem Bericht des Marine-Secretärs an den Präsidenten heißt es: Als Capt. G. Wilks, Commandeur des „San Jacinto“, in den westindischen Gewässern nach dem „Sumter“ kreuzte, ward ihm die Kunde, daß James M. Majon und John Sidell, illoyale Bürger und Hauptverschwörer, in Begriff ständen, mit ihrem Gefolge auf ihrer Reise nach Europa, um dort die Sache der Insurgenten zu fördern, sich von Havana auf dem englischen Dampfer „Trent“ einzuschiffen. Am 8. November hielt derselbe im Bahama-Kanal den „Trent“ an, nahm von jenem Bord diese gefährlichen Personen und brachte sie nach den vereinigten Staaten. Da sein Schiff zur Reparatur für den Dienst in Charleston bestimmt war, wurden die Gefangenen an Bord behalten und nach Fort Warren geschafft, wo sie der Aufsicht des in der dortigen Festung commandirenden Obersten Dimming übergeben worden sind. Die prompte und decisive Action des Capt. Wilks verdiente und erhielt die emphatische Billigung des Departements (des Marine-Secretärs); wenn derselbe eine zu edelmüthige Nachsicht dadurch bewies, daß er nicht das Schiff wegnahm, das diese feindlichen Rebellen (rebel enemies) an Bord hatte, so kann dies angesichts der besonderen Umstände und um seiner patriotischen Motive willen entschuldigt werden; doch darf dies keine Präcedenz für die Behandlung von Fällen eines ähnlichen Bruches der neutralen Verpflichtungen Seitens fremder Handelschiffe bilden.

Die französische Regierung soll sich für den Fall, daß der Vorfall mit dem „Trent“ zum Kriege führen sollte, für bewaffnete Neutralität entschieden haben. Ein Rundschreiben des Herrn Thouvenel würde dies allen Vertretern Frankreichs im Auslande mittheilen. Gleichzeitig würden die Unterhandlungen mit England fortgesetzt, um die Ungültigkeit der Blokade der Südstaaten auszusprechen. Wie die Abendblätter melden, soll ein kleines Geschwader unter dem Befehl des Schiffes-Capitäns Dr. caud eigens nach der nordamerikanischen Küste zum Schutze der französischen Interessen abgehen.

Die „Patrie“ theilt mit, daß, falls die Herren Majon und Sidell freigegeben würden, Lord Lyons angewiesen sei, neue Unterhandlungen über den Effectiv-Character der Blokade der Südstaaten einzuleiten. Wird die Note Lord Russells aber nicht günstig aufgenommen, so habe Lord Lyons den Befehl am dritten Tage abzugeben und dem Contre-Admiral Milne Befehle zu ertheilen. Dieser würde sich von Jamaica nach Norfolk begeben, das als Basis für die englischen See-Operationen dienen soll. — General Mac Clellan soll, wie ebenfalls die „Patrie“ — theilt, dem Präsidenten sein Bedauern über die „Trent“-Affaire brieflich ausgedrückt haben. Seine Ansicht, habe er beigefügt, werde von der Armee getheilt. — Endlich sagt die „Patrie“: „Eine Depesche aus Washington vom 7. December meldet, daß sich im Cabinet der Anfang einer Spaltung in Betreff der „Trent“-Angelegenheit bemerkbar macht. Ein Theil des Ministeriums, die Minorität, scheint geneigt zu sein, die Südkommisäre in Freiheit zu setzen, aber Präsident Lincoln habe erklärt, daß er die Frage dem Congreß vorgelegt habe, und daß er sich nach dem Votum des Congresses richten werde.

„Die an Lord Lyons gerichtete Depesche — so bemerkt der City-Artikel der Times vom 18. d. — „kann im Laufe des gestrigen oder heutigen Tages in Washington eintreffen. Drei Tage früher wird man dort über Halifax erfahren haben, wie die Trent-Affaire in England aufgefaßt wurde. Angenommen, daß die Depesche gestern dem Cabinet in Washington mitgetheilt wurde, kann die schließliche Rückantwort bis nach der Abfahrt der Afrika, die hier am 29. oder 30. fällig ist, verschoben werden. Zu diesem Falle würde sie am 21. abgehen können, vorausgesetzt, daß Lord Lyons höchstens sieben Tage Frist für eine substantielle Antwort zu gewähren angewiesen ist. Somit dürfte die

Frage, ob Krieg oder Frieden, nicht vor Jahreschluß entschieden sein, es müßte denn Hr. Seward die Herausgabe der „Rebellen“, wie sie drüben folgewidrig in sich immer genannt werden, sofort aufs Bestimmteste verweigern. Muß Lord Lyons abreisen, so thut er es wahrscheinlich am 25. von Boston aus vermittelt eines Cunard-Dampfers. Mittlerweile könnte an 23. d. M. General Scott in Newyork eintreffen, aber dann dürfte es zu Unterhandlungen schon zu spät sein. Uebrigens glaubt und hofft man, daß die Weisungen von Lord Lyons alles Parlamentiren ausschließen, mag dies einen unwürdigen Vorschlag fremder Vermittlung oder irgend einen andern Antrag, außer den auf einfache, unverzügliche und ehrenvolle Genugthuung enthalten.“

Das britische Parlament ist am 18. d. formell bis zum 7. Januar vertagt worden und dürfte am 14. oder 16. einberufen werden.

Die Befestigung der Insel Malta, sehr ist als „Pays“, wird ununterbrochen fortgesetzt. Der Platz ist seit einiger Zeit mit Kriegsmaterial jeder Art überfüllt.

Am 25. oder 26. Decbr. sollen, wie die „Patrie“ meldet, die Geschwader von Frankreich, England und Spanien sich in der Havana vereinigen, um von da die Expedition gegen Mexico zu beginnen. Die Bevollmächtigten der drei Mächte sind, um die letzten Maßregeln vor Eröffnung der Feindseligkeiten zu treffen, bereits dort angekommen. Hr. p. Salgny, der führende Gesandte in Mexico, ist der Bevollmächtigte Frankreichs. Die neuesten Nachrichten aus Havana melden, daß das spanische Geschwader zum Auslaufen bereit ist. General Serrano hat eine Revue über 25,000 Mann gehalten. Die zu Vera Cruz erscheinenden Blätter stimmen einen sehr feindlichen Ton gegen die Spanier an.

Kaiser Louis Napoleon hat auf die Reclamationen des Madrider Cabinets wegen des Vorfalles zu Valencia erwidert, daß er diese Angelegenheit nicht als eine internationale betrachten könne, da sie lediglich Sache zweier Privatpersonen sei. Dem Messager ou Bayonne zufolge hat nun der Generalcapitän Drocco einen Urlaub verlangt und erhalten, um zur persönlichen Austragung der Sache nach Paris zu reisen.

Das ministerielle „Pays“ enthält folgende Mittheilung: „Herr de Clercq, unser Bevollmächtigter bei den Verhandlungen über den Abschluß des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Frankreich, wird gegen Weihnachten nach Paris zurückkommen. Man glaubt jedoch, daß er nach Neujahr wieder nach Berlin zurückkehren wird, und daß dann die Unterhandlungen mit größerer Aussicht auf Erfolg wieder werden aufgenommen werden.“

Das „Journal des Debats“ beginnt zu erlahmen in der italienischen Frage. An einer baldigen Lösung der römischen Frage endlich verzweifelt, empfiehlt es eine ambulante Regierung, die abwechselnd in Venedig, Florenz und Neapel ihren Sitz aufschlägt. Mehrere diese wandernde Truppe um Rom herumgehen wird, desto wahrscheinlicher wird sie endlich auch nach Rom selbst hineinkommen.

Die Mailänder „Unità italiana“ veröffentlicht zwei Schreiben Mazzinis und Garibaldis, wodurch beide die Ehrenpräsidenschaft das in Mailand gegründeten demokratischen Clubs annehmen.

Der „Monde“ meldet aus Rom, der Marquis Cavaltè habe die Ärsichten des Königs von Neapel in Betreff seines von der Turiner Regierung fortwährend in Paris denuncirten Aufenthaltes in Rom sonderlich und von ihm die Antwort erhalten, er verbleibe nicht als Gast des Papstes, sondern als römischer Grundeigentümer, und mithin beziehungsweise als Staatsbürger in Rom; denn obgleich er Napoleon III. den Palast der Cäsaren käuflich zu überlassen eingewilligt habe, besitze er Grundeigenthum in den Staaten des Papstes.

Einem Schreiben aus Ragusa, entnimmt die „Presse“, daß die Insurgenten der Herzegovina Anstalten treffen, neuerdings Baternen und Schanzen in der Sutorna zu errichten. Wenn sich das bestätigen sollte, so kann nicht länger gezwweifelt werden, daß auswärtige Einflüsse thätig sind, daß Luka Bukalovich gewissermaßen im Auftrag handelt, und daß es darauf abgesehen ist, Oesterreich zu provociren.

Kraukau, 23. December.

Der „Dziennik Polski“ vom 19. d. bringt eine über Ermächtigung des Erzbischofs der Redaction dieses Blattes zur Veröffentlichung übergebene Erklärung

der beiden Kemberger Consistorial-Referenten Puszet und Surfowski zur Berichtigung der Mittheilungen des „Dziennik“ über die Deputation, welche um die Rücknahme der bekannten Curende bat. Diese sprechen unumwunden ihre Entrüstung über das Vorgehen jener Männer aus, die sich zu einer Deputation zusammengesetzt haben, um der Welt das sonderbare Schauspiel zu geben, wie die Schafe dem Hirten den rechten Weg zeigen wollen. „Diese Leute sind entweder gar keine Katholiken oder nur zum Schein und ichen deshalb in dem Prälaten, mit Hintansetzung seiner heiligen Weihe, nur die Amtsperson.“ Bezüglich der angeblichen Aeußerungen des Erzbischofs über die Zulässigkeit des Liedes „Boze cos Polake“ erklären sich die beiden Consistorialmitglieder ermächtigt, folgende Berichtigung zu veröffentlichen: Se. Excellenz haben sich der Deputation gegenüber bloß dahin geäußert, daß zwar die Nothwendigkeit nicht vorliege, die beiden beanspruchten Lieder vom kirchlichen Standpunkte zu verbieten, daß er sie aber auch nie approbirt habe und zwar weil sie vom ursprünglichen Text abweichen, weil das Verbot der weltlichen Behörde ein hinlängliches Motiv ist, den Gesang von Liedern zu unterlassen, die für die Kirche keine Bedeutung haben und weil schließlich selbst vom Standpunkte der Nationalität keine genügende Veranlassung sei, mit den so streng verbotenen Liedern der Regierung Aergerniß zu geben.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Nächstehendes ist der Wortlaut der bemerkenswerthen Rede, in welcher Se. Excellenz der Herr Staatsminister Ritter von Schmerling in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. d. die gegen die Berathung der Budgetvorlage vorgebrachten Bedenken widerlegt hat.

Den Standpunkt, den die Regierung Sr. Majestät in der Frage eingenommen hat, deren Erörterung dieses h. Haus soeben beschäftigt, ist in der Regierungsvorlage, wie ich glaube, so klar und so bestimmt bezeichnet, daß darüber wohl ein Zweifel bestehen könnte. Alle jene Bemerkungen, die von Seite der geehrten Redner heute vorgebracht wurden, alle diese Bedenken, die sie gegen den Schritt geäußert haben, den die Regierung unternommen hat, sie sind den Erwägungen des Ministeriums nicht fremd geblieben, das Ministerium hat nur zu sehr erkannt, daß es sich um einen Gegenstand von großer Wichtigkeit, von großer Tragweite handelt, daß das „Für“ und das „Dawider“ gegen diesen Schritt der sorgfältigsten Erwägung würdig sei, und es hat daher auch in der That diese Erwägung eintreten lassen. Wenn es dessenungeachtet zu dem Beschlusse gekommen ist, der in dem kaiserlichen Willen seinen Ausdruck gefunden, so waren es in der That vorwiegende gewichtige Gründe, gewichtige Gründe des Rechtes, gewichtige Gründe der politischen Bedeutung, die entschieden haben.

Diese, wenn auch nur in gedrängter Weise dem h. Hause neuerdings bekannt zu geben und dadurch die Einwendungen zu widerlegen, die von den geehrten Herren Rednern heute vorgebracht worden sind, ist eine Pflicht. Es ist vor allem bemerkt worden, daß durch den Schritt, den die Regierung unternommen hat, die Verfassung verletzt werde. Meine Herren: Die Regierung ist der Meinung, daß sie sich eine Verfassungsverletzung in keiner Weise vorwerfen hat, sie würde sonst nie den Schritt der Allerhöchsten Genehmigung empfehlen, sie würde sonst nie gethan haben, was durch die kaiserliche Entscheidung nun ins Werk gesetzt wird. Sie erkennt in diesem Schritte in keiner Weise eine Verfassungsverletzung. Jenen Weg, den sie damit anbahnen wollte, hat die Regierungserklärung klar gekennzeichnet, sie hat erkannt, daß der Weg, den sie betrat, nicht buchstäblich seine Entscheidung in der Verfassung finde, daß er aber in keiner Weise mit der Verfassung im Widerspruch sei, und an dem Gedanken hält sie heute noch fest. Wenn es sich um den Rechtsstandpunkt handelt, wenn es sich fragt, ob durch diesen Schritt irgend ein Recht verletzt werde, so muß man von dem abstrakten Rechte absehen. Es gibt kein abstraktes Recht, es gibt kein Recht für Objecte, es gibt nur ein Recht für Subjecte, und in der Richtung erlaube ich mir nun es einer weiteren Erörterung zu unterziehen, ob durch diesen Schritt irgend ein Recht eines Subjects verletzt werden kann. Die Herren Redner, die heute das Wort ergriffen haben, haben diese Verletzung in einer dreifachen Richtung vorhanden erkannt. Sie haben ver-



meint, es werden dadurch die Rechte der Krone geschmälert, es werde dadurch über die Rechte der Versammlung hinaus gegriffen, es werde dadurch in die Rechte eingegriffen jener Königreiche und Länder, die bis zur Stunde ihre Vertretung im Hause nicht gefunden haben, Was die angebliche Verletzung des Rechtes der Krone betrifft, so müssen die Rathgeber der Krone, deren Namen unter dem Patente vom 26. Februar stehen, vor allem das für sich in Anspruch nehmen, daß sie zur Wahrung der Rechte der Krone einen Paragraphen in demselben aufgenommen haben, von dem sich im Diplome vom 20. Oktober keine Spur findet, den §. 13. Nach dem Wortlaut des Allerhöchsten Diplomes vom 20. Oktober würde der Souverain gar nie in die Lage gekommen sein, Steuern im Verordnungswege auszusprechen, für die Bedürfnisse des Staates im Verordnungswege zu sorgen, denn wenn der Wortlaut des Diploms im Auge behalten wird, so würden diese Rechte unbedingt an die Zustimmung des Reichsraths geknüpft sein. Wenn daher im §. 13. der Krone das Recht gegeben ist, ausnahmsweise im Verordnungswege eine so wichtige Frage zu lösen, so find in der That dadurch die Rechte der Krone erweitert worden, und es kann daher die gegenwärtigen Räte der Krone in keiner Weise auch nur entfernt der Vorwurf treffen, als ob dieser Schritt irgendwie dahin führte, die Rechte der Krone zu beschränken. Wenn aber das Recht der Krone unbegrenzt feststeht und neuerdings konstatirt wurde, nach §. 13. der Verfassung vorzugehen, so ist das Recht der Krone nicht beschränkt, wenn der Träger der Krone einen Akt der Gnade und der Großmuth übt. Er hat diesen Akt der Gnade und Großmuth geübt, indem er freiwillig für diesen Ausnahmefall von dem Rechte des §. 13. Umgang nehmen will, und ein Recht, das ihm allein ungetheilt zugestanden hätte, mit seinen getreuen Vätern theilen will. (Bravo links und im Centrum.) Ich erkenne daher in diesem Schritte in keiner Weise eine Beschränkung der Rechte der Krone, und ich will dem nur beifügen, daß, wenn die Krone durch diesen Akt der Hochherzigkeit Dankbarkeit hervorruft und die treuen Völker aufruft, sich an diesem großen und wichtigen Akte zu betheiligen, so wird sie ihre Macht und ihren Glanz nicht trüben, sie wird ihn erhöhen. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Was die Befugnisse dieser V. Versammlung betrifft, so muß ich vor allem der Anschauung begegnen, als wären es die Landtage gewesen, die den Abgeordneten des Reichsraths ein Mandat gegeben. Die Landtage haben dieses Mandat nicht gegeben, die Bevölkerung hat gewählt, die Landtage waren nur der weitere Wahlkörper für den Reichsrath. (Rufe: Sehr gut und lebhaftes Bravo links und im Centrum.) Es handelt sich nicht um das Mandat der Landtage, sondern um das der Bevölkerung. Die Wahlmänner sind es, die dieses Mandat gegeben und dazu befugt waren, und, m. H., die Wahlmänner werden keinen Moment daran zweifeln, daß sie ihren Wünschen entsprochen, wenn Sie bei der heutigen Frage . . . (die letzten Worte des Sages wurden von den lebhaften Beifallsbezeugungen der Linken und des Centrums übertönt.)

Ich spreche nun davon, m. H., es würden mit diesem Akte die Rechte und Befugnisse jener Königreiche und Länder angegriffen werden, die heute bis zur Stunde ihre Plätze in diesem Reichsrathe nicht eingenommen haben. Als am 26. Februar das Einberufungsschreiben Sr. Maj. des Kaisers kundgegeben ward, da war dasselbe an alle Königreiche und Länder gerichtet, sie wurden alle aufgerufen, ihre Plätze in diesem Saale einzunehmen; wenn nicht alle entsprochen, so muß es die Regierung bedauern, aber sie kann sich dadurch in dem nicht irre machen lassen, was nach ihrer eigenen Ueberzeugung zum Wohle des Ganzen geschehen soll und geschehen muß. Die Regierung hat gegenüber dieser höchst wichtigen Frage, gegenüber den Folgen, die jene treffen sollen, die der Aufforderung zur Wahl zum Reichsrathe nicht entsprochen, wie ich glaube, den allerschönsten Weg eingeschlagen. Es ist heute an mich die Frage gerichtet worden, warum die Regierung sich nicht offen darüber ausgesprochen habe, ob sie eine Contumacierung zu Recht bestehend erkannt hätte; ich spreche es nun unumwunden aus, die Regierung hätte erkannt, im Rechte zu sein, Ungarn und Kroatien zu contumaciren, denn es ist die Aufforderung an den ungar. und kroat. Landtag ergangen zu wählen, und es ist der Aufforderung nicht entsprochen worden, und so trifft die Folge jene, die ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. Die Regierung wäre im Rechte gewesen, diese Contumacierung auszusprechen, sie hat den schonenderen Weg gewählt, vorläufig noch in jenen Königreichen und Ländern den alleinigen souveränen Willen walten zu lassen, wo die Wahl zu dem Reichsrathe nicht vorgenommen wurde. Aber damit ist, m. H., für diese Königreiche und Länder kaum ein Nachtheil erfolgt.

Wenn wir überhaupt überzeugt sind, daß constitutionelle Formen geschaffen werden, um Garantien den Völkern zu bieten, dann kann in der constitutionellen Behandlung so wichtiger Fragen, wie Finanzvorlagen sind, nicht ein Schaden für diejenigen entstehen, die an der Berathung nicht theilnehmen. Wenn die Finanzvorlagen gründlich erwogen, wenn die wichtigsten Fragen, die darin involviren, nach allen Richtungen hin beleuchtet und entschieden werden, dann wird denjenigen, die an der Berathung nicht theilgenommen haben, wahrlich nicht ein Schaden zugefügt, sondern es wird ihnen vielmehr ein Vortheil erwachsen, und diesen Vortheil wollen wir recht gerne Jenen gönnen, die es verschmäht haben, an unseren Berathungen theilzunehmen. Ich erkenne daher darin, daß heute diese Versammlung in die Berathung, wie ich hoffe, einzugehen sich entschließen wird, für die anderen im engeren Reichsrathe nicht vertretenen Königreiche und Länder gar keinen Nachtheil, ich erkenne nur Vortheile für sie.

Und nun, meine Herren, ich habe mir erlaubt, in kurzem darzustellen, daß ich vermaße, daß vom rechtlichen Standpunkte durch diesen Schritt, den wir empfehlen, in keiner Weise irgend ein Verfassungsbruch geschehen ist, daß nicht eingegriffen wurde in das Recht der Krone, nicht in das Recht der Landtage, nicht in das Recht des engeren Reichsraths, nicht in das Recht jener Königreiche und Länder, die in dem Reichsrathe ihre Vertretung nicht gefunden haben.

Allein, m. H., wie ich mir schon einmal erlaubt habe, mit aller Offenheit auszusprechen, große politische Fragen sind nicht nur vom Standpunkte des starren Rechtes zu besprechen und zu behandeln, sie sind auch vom Standpunkte der Staatsweisheit in Erwägung zu ziehen. Da eine Rechtsverletzung durch den vorgenommenen Akt in keiner Weise nach meiner innigsten Ueberzeugung geschehen ist, so ist es erlaubt, jene Gründe ins Gewicht fallen zu lassen, welche vom politischen Standpunkte für die Behandlung dieser Frage sprechen. Ich glaube nun, m. H., wenn heute nach verschiedenen Richtungen hin die Zweckmäßigkeit des Regierungsganges verneint worden ist, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung, der hier in der Majorität des Hauses, wie ich hoffe, seinen entscheidenden Widerhall finden wird, der Regierung Dank wissen wird, daß sie die Entscheidung der Finanzfrage sobald als möglich unter die constitutionelle Mitwirkung gestellt hat. Die Versammlung selbst, die im Begriffe ist, an die Ausübung ihres bedeutendsten constitutionellen Rechtes zu gehen, die Versammlung selbst, die, wie ich hoffe, diesem wichtigen Beruf in unermüdetem Eifer und mit Hingebung sich widmen wird, sie wird nur an moralischer Kraft gewinnen angesichts von ganz Oesterreich, und dieses Gewicht, m. H., ist der größte Gewinn, der dem Verfassungsleben entstehen kann. Wenn die Versammlung, die berufen ist, das gesammte Volk zu vertreten, an moralischer Kraft gewinnt, so ist das vom entchiedenen Vortheil für das ganze Reich, für die Macht, für die Größe von Oesterreich. (Bravo links und im Centrum.)

Ich glaube aber auch, m. H., daß, abgesehen davon, die Regierung selbst Gewinn aus diesem Schritte zieht. Sie hat da mit ihrer offenen, unumwundenen Meinung kundgegeben, daß ihr Bestreben, constitutionell zu regieren, ein Gebot der Pflicht und der innigsten Ueberzeugung ist. Sie hat freiwillig und gerne einem Rechte entsagt, dem des unbeschränkten Regierens, welches ihr nach dem Wortlaute der Verfassung zustünde. Sie hat damit, daß sie dieses gethan, ich wiederhole es, ein unumwundenes Geständniß abgelegt, daß es ihr mit den verfassungsmäßigen Zuständen ernst ist, und sie ihre ganze Thätigkeit der Ausbildung der Verfassung, wie jetzt, so auch in der Zukunft, widmen wird. Ich glaube aber auch, daß für die Sache selbst dieser Schritt entscheidend ist, weil ich die innige Ueberzeugung habe, daß eine offene Darstellung der Finanzzustände und eine umsichtige Prüfung derselben in den nächsten Tagen erfolgen wird. Man lerne eine Krankheit kennen, und man wird die Mittel finden, sie zu heilen. (Bravo.) Man verschleie sich nicht der klaren Prüfung eines Uebels, und man wird mit demselben kräftig begegnen können; daher bin ich der Ueberzeugung, daß eine offene und unumwundene Prüfung der Finanzvorlage schließlich zu führen wird, die Mittel zur Heilung der Schäden zu entdecken. Unsere Nachbarstaaten werden der Ueberzeugung Raum geben müssen, daß es mit Oesterreich nicht so übel steht, als man meint, daß Oesterreich kräftig bestehen wird, wenn es nur kräftig bestehen will. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Ich habe schließlich dieser kurzen und gedrängten Darstellung nur noch die Bemerkung beizufügen, daß die Regierung es freudig begrüßen wird, wenn Sie dem Antrage des Ausschusses beitreten. Ich kann Sie nur bitten, Hand an das Werk zu legen, es zu fördern mit allen Ihren Kräften, und ich glaube die innige Ueberzeugung ausdrücken zu dürfen, Sie werden sich damit den Dank Ihrer Mitbürger, den Dank Ihres Vaterlandes verdienen. (Lebhafte Bravo links und im Centrum.)

Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat bereits beschlossen, sich in vier Sectionen zu theilen, deren eine die Ausgaben, die zweite die Einnahmen, die dritte die Staatsschuld und die Bedeckung des Abgangs, die vierte die Valutafrage in Angriff nehmen soll. Für alle Detailfragen und Nachweisungen wird man von der Regierung mit den Geschäftsträgern betraute Personen verlangen, welche die Details kennen und darüber Aufschluß zu geben vermögen. Ueber seine Sitzungen wird der Ausschuß concis gefaßte Protokolle führen.

**Oesterreichische Monarchie.**

Wien, 22. Dezember. Sr. Maj. der Kaiser ist gestern früh 6 Uhr 30 Minuten mit dem Schnellzuge der Südbahn von hier nach Venedig abgereist; Ihre k. H. die Herren Erzherzoge Rainer und Wilhelm dann mehrere Generale begleiteten den Kaiser bis zum Bahnhofe. Von der Seite der Südbahn war der provisorische Director Herr Montoux anwesend. Sr. Majestät passirte um 10 Uhr Märzauflage, um 11 Uhr Bruck, um 12 Uhr erfolgte die Ankunft in Graz, um 2 Uhr in Marburg, gegen 5 Uhr in Laibach und um 10 Uhr Abends in Triest. In Venedig wird Sr. Majestät des Kaisers heute (Sonntag) um 4 Uhr Morgens eintreffen. Die Fahrt dauert circa 20 Stunden. Die Rückkehr Sr. Majestät des Kaisers nach Wien wird in 10 bis 12 Tagen entgegengesetzt. Ob Sr. Majestät der Kaiser von Venedig zurückkehrt und die Rückreise nach Wien durch Tirol macht, ist noch nicht bestimmt und wird darüber erst entschieden, je nachdem sich die Witterung gestaltet.

Das sicherste Zeichen für das erfreuliche Wohlbestehen Ihrer Maj. der Kaiserin liegt darin, daß weder der k. k. Leibarzt Dr. v. Seeburger, noch der k. k. Professor Dr. Skoda heute mit Sr. Maj. dem Kaiser nach Venedig abgereist sind.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung für das Verwaltungsjahr 1862 in Böhmen eine Landesumlage in dem für 1861 geltenden Ausmaße, nämlich mit 13 1/2 kr. auf jeden Gulden der directen Steuern mit Ausnahme des Kriegszuschlages zu genehmigen geruht. Hievon sind 7 kr. für die Landes- und 6 1/2 kr. für die Grundentlastungsbedürfnisse bestimmt.

Einem Telegramm zufolge sind Se. Majestät der König von Sachsen am 21. d. Mts. um 11 Uhr Vormittags von Brandeis in Prag angekommen und nach kurzem Aufenthalt nach Dresden abgereist.

Ihre kais. Hohheiten der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ferdinand Max und die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Charlotte haben den Armen der Stadt Ragusa 2000 fl. gespendet.

Das Kriegsministerium, das Finanzministerium, das Staatsministerium, die königlich ungarische, siebenbürgische und kroatisch-slavonische Hofkanzlei haben nach gemeinschaftlichem Beschlusse die Militärdienstbefreiungsliste für das Jahr 1862 in dem Betrage von 1200 fl. d. B. festgesetzt.

Wie die Const. Dest. B. vernimmt, haben sich die Unterhandlungen wegen des Eintritts Dr. Hein's in das Justizministerium zerschlagen. Einstweilen bleibt der Posten des Justizministers unbesetzt.

Wie dem „Südböhm.“ geschrieben wird, war für heute Samstag in den Gemächern des Hofkanzlers wieder ein Ministerrath anberaumt. Es sollte daselbst die Wahl des serbischen Patriarchen zur Sprache kommen. — Graf Forgach befindet sich nach dem „Südböhm.“ endlich auf dem Wege der Besserung.

Nachdem die Petition der Slovaken an die ungarische Hofkanzlei herabgelangt ist, stattete Bischof Moricz, wie die „Neuesten Nachr.“ erfahren, vorgestern bereits dem Hofkanzler einen Besuch ab und gestern verweilte er mit dem aus Pest hier eingetroffenen Bischof Danielik mehrere Stunden bei einzelnen Hofräthen der Hofkanzlei.

Wie die „Prager Zg.“ vernimmt, bleiben den in Ungarn disponibel gewordenen politischen Beamten, deren Begünstigungsjahr mit 31. December l. J. zu Ende geht, die Disponibilitätsbezüge auch vom 1. Jänner 1862 an flüssig.

Die Kreisrabbiner Böhmens, deren materielle Stellung eben keine glänzende ist, haben an den Landesauschuß die Bitte gerichtet, es möge ihr Gehalt nicht wie bisher von den Repräsentanten der israelitischen Cultusgemeinden, sondern von dem böhmischen Landtage bestimmt werden. Dieses Gesuch wird dem Landtage vorgelegt werden.

In Pest wurde folgendes veröffentlicht: Seine k. Apostolische Majestät haben über einen allerniedertstgestellten Antrag mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 28. November d. J. jenen in den Bereich der Landesgeneral-Commanden zu Oden, Temesvár und Hermannstadt zuständigen Rekruten der letzten Stellung, welche von ihren Depotdivisionen entwichen sind und sich auf Grund des bezüglich der Urlaubur erlassenen Allerhöchsten Gnadenactes vom 29. September 1861 bereits selbst gemeldet haben oder binnen 3 Wochen vom Tage der Kundmachung der Eingangs bezogenen Allerhöchsten Entschlieung noch melden werden, wenn ihnen außer der Desertion keine sonstige strafbare Handlung zur Last fällt, die volle Straflosigkeit allernachgiebigst zu ertheilen geruht.

Der „Sieb. Bot.“ schreibt: „Was die sächsische Frage anbelangt, fühlen wir nunmehr alle, daß wir der Lösung getrost entgegengehen können. Ist es doch schon halber Gewinn, daß unsere Conferenzdeputirten mit Vertrauen und Zuversicht auf das Verständniß im Oberhaupt den gewünschten Mittelpunkt und Führer erkennen. Dies eine fehlt uns also schon nicht mehr. Auch ist nicht zu verkennen, daß sich in den abweichenden Meinungen eine Annäherung bereits anbahnt.“

**Deutschland.**

Den neuesten Depeschen aus dem Orient zufolge ist der preussische Gesandte Graf Eulenburg nach der Unterzeichnung eines Handelsvertrages mit China nach Siam weiter gereist. Er kam am 5. Novbr. in Bangkok an, wo er von den beiden Königen empfangen wurde und mit ihnen die Grundlagen zu einem Handelsvertrag feststellte.

Hinsichtlich der Zulassung der Juden zu Universitäts-Lehrämtern in Preußen hat bekanntlich das Concilium generale der Königsberger Universität im vorigen Sommer mit einer Stimmenmajorität beschlossen, die Streichung des die Juden und Katholiken ausschließenden Statutenparagraphen beim Kultusministerium zu beantragen. Minister v. Bethmann hat aber der „N. Preuss. Ztg.“ zufolge die Streichung, weil sich nur eine geringe Majorität für dieselbe erklärt hat, für unzulässig erklärt.

Der Kardinal-Erzbischof von Köln ist, dem „Fr. Z.“ zufolge seit acht Tagen nicht unerheblich erkrankt. In Hannover tagt augenblicklich eine Konferenz von Abgeordneten der norddeutschen Seceusflaaten, welche sich mit der Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs und den dabei ins Spiel kommenden seerechtlichen Interessen derselben näher beschäftigen soll. Die beiden Hansestädte, Lüdenburg und Mecklenburg werden durch Deputirte vertreten sein. Aus unserem Lande sind die Mitglieder der Nürnberger Handelsgelehrbuchs-Conferenz, Professor Thöl als Göttingen und Ober-Justizrath Lombard, denen der hiesige Regierungsrath Schow beigeordnet worden, zu Mitgliedern der Konferenz ernannt.

Der mecklenburgische Landtag wird in einem Bericht der „Südb. Z.“ als eine Versammlung geschildert, der jede parlamentarische Form ein Greuel, die sich nur wohl fühlt, wenn mehrere zugleich reden. „Unsere Nachkömmlinge — schreibt der Berichterstatter — mögen recht herzlich lachen, wenn sie einmal, von allen diesen Dingen als gewesene hören: wie Einer zu reden anhebt, ein Segner einfällt, ein Dritter und Vierter dazwischenschreien, dann eine Weile lang einer unserer drei Hauptbässe (Manege-Duggenpoppel ist deren einer) alle anderen Stimmen übertönt, bis wiederum der Lärm von Neuem heranzwächst, die Landräthe ihre berühmten hölzernen Reisesandfässer niederschwingen, um den ritterlichen Stand durch officiellse Geisse zu betäuben, und schließlich, wenn das vergeblich bleibt, die Landmarschälle mit ihren Stäben gegen den Boden donnern: wie gesagt, der Nachwelt mag das und Ähnliches ein Gegenstand heiterer Erbauung sein. Aber die Mitlebenden können nicht immer umhin, zu erröthen, und trotz aller Sandfässer und Landmarschallstäbe wird Mecklenburg volkends ein unseliges Land.“

**Frankreich.**

Paris, 18. Dezember. Der Moniteur meldet, daß aus Anlaß des neuen Jahres feierlicher Empfang in den Tuilleries stattgefunden wird. Nur bemerkt man, daß dieser Empfang gegen die bisherige Gewohnheit des Kaisers in zwei Theile zerfällt; am 1. Januar empfängt Sr. Maj. das diplomatische Corps, die constituirten Staatskörper und die Civilautoritäten; am 2. Januar die Offiziere der Nationalgarde und der Armee. Aus dieser Theilung will man auf eine Neujahrsrede an Diplomatie und Civil und auf eine weitere, wahrscheinlich ermutigend huldvolle Rede an die Armee schließen. — Mehrere Correspondenten auswärtiger, namentlich englischer Journale wurden heute zu dem Director des Präbureaus, Hrn. Imhaus beschiedenen. — Marquis v. Fiers hat seine Gefangenschaft in St. Pelagie angetreten. — Wie gestern erwähnt hat die officiellse „Gazette des Tribunaux“ die Debatten des Procès de Fiers zu veröffentlichen angefangen; auffallender Weise fährt sie heute nicht damit fort, und man fragt sich, ob sie es etwa bei der Veröffentlichung der Anklage bewenden lassen müsse. — Wieder ist ein Akademiker, der Vicomte Alfred de Wigny, noch nicht 62 Jahre alt, mit Tode abgegangen. In den dreißiger Jahren gehörte derselbe mit B. Hugo zu den Vorkämpfern der romantischen Schule und war eine Zeitlang gewisser einer der angesehensten Dichter Frankreichs. 1845 kam er in die Academie, und von dem Moment an hat man eigentlich nichts mehr von ihm vernommen. — Die Actionäre des Ami de la Religion widersetzten sich dem Verkaufe des Blattes an den Grafen Las-Cases.

In Folge des Austrittes eines Theiles seiner Mitarbeiter hat der „Ami de la Religion“ ein politisches Programm veröffentlicht, welches das Gerücht — er habe sich mit der Regierung abgefunden, zu bestätigen scheint. Die Redaction erklärt, daß ihr Hauptzweck sei, auf die Verbesserung der Kirche mit der modernen Gesellschaft hinarbeiten. Man wiß, was das bedeutet seitdem der Verfasser der Broschüre „Le pape et le Congrès“ sich desselben Ausdrucks bediente. „Monde“ und „Gazette de France“ nennen deshalb die Richtung, welche der „Ami de la Religion“ eingeschlagen hat, mit Recht einen Altsall.

Paris, 19. Dezember. Der Kaiser ließ bei der Kunde vom Tode des Grafen Pourtales der Gräfin Pourtales sein Beileid ausdrücken. Eine Stunde vor dem Tode des Grafen war Fürst Metternich noch bei ihm, um mit ihm zu conferiren. — Der Unterrichtsminister hat ein Rundschreiben an alle Rectoren der französischen Fakultäten erlassen, in welchem er unter Hinweisung auf Herrn Laprade ihnen nachdrücklich anempfiehlt, darüber zu wachen, daß kein Fakultäts-Professor politische Artikel abfasse. — Auf der Mittelmeerbahn ist die Masse der zu besoldenden Waaren jetzt so groß, daß das Transportmaterial so unzureichend, daß in dem Verkehr ganz bedeutende Störungen eingetreten sind. Die Glasfabriken von Riveder-Gier haben sich genöthigt gesehen, wegen Mangels an Brennmaterial ihre Arbeit einzustellen.

Heute wurde über das von Herrn Miras gestellte Cassationsgesuch verhandelt. Der Berichterstatter, Cassationsrath Plougoum erkennt die Nichtigkeit der meisten der von Miras geltend gemachten acht Cassationsgründe an. Nichtsdestoweniger sind nach der Ansicht des Berichterstatters alle diese Unregelmäßigkeiten nicht bedeutend genug, um das Urtheil im Ganzen ungültig zu erklären. Die Hauptentscheidung müsse aufrecht gehalten werden. Er überlasse es der Weisheit des Hofes zu entscheiden, ob alles wieder in Frage gestellt und der Scandal der Debatten eines solchen Procèses erneuert werden solle. (??) Die Cassationsgründe, welche Graf Simon geltend gemacht, erscheinen dem Berichterstatter nicht genügend. Morgen wird der Advocat des Herrn Miras das Wort ergreifen.

**Spanien.**

Nach Berichten aus Madrid vom 18. Dec. ist der Marquis de la Vega de Armijo zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden. Der amerikanische Gesandte ist auf Urlaub abgereist.

**Großbritannien.**

London, 19. Dezember. Die Rüstungen dauern ununterbrochen fort. Ihr Hauptzweck ist vorerst Canada zu sichern zu stellen. Die erste nach Canada bestimmte Truppen-Abtheilung hat sich gestern auf dem „Parana“ und „Adriatic“ eingeschifft. Lord A. Paulet, der die Garden commandirt, fährt auf dem „Adriatic“. Contreadmiral Dacres wird heute in Portsmouth erwartet, wo er als zweiter Commandant der Nordamerikanischen und Westindischen Stationen seine Flagge auf dem Schraubendampfer „Edgar“ (89) aufziehen wird. Dieser läuft wahrscheinlich am Montag aus, geht nach Lissabon, um sich von dort mit einem Theile der Mittelmeerflotte nach den Nordamerikanischen Ge-



wässern zu begeben, vorausgesetzt, daß er dazu von der Admiralität die telegraphische Weisung empfängt. Die Admiralität hat der Schiffsgelehrten-Gesellschaft anzeigen lassen, daß die Commandanten der verschiedenen Stationen Weisungen zum Schutze der Britischen Schiffe erhalten haben, und daß nöthigenfalls weitere Verstärkungen zu diesem Zwecke abgefordert werden.

Ueber die Krankheit des Prince-Consort tragen wir noch Folgendes nach. Das Leiden wurde typisch, nachdem es Anfangs einfach gastrisch gewesen war. Eine Erkältung gab den ersten Anstoß, nach dem Tode des Prinzen vor 8 Wochen, als ein heftiger Hagelsturm mehrere Schelben der Bildergalerie in Buckingham Palace zertrümmert hatte, worauf der Prinz, um einige Gemälde vor dem einströmenden Regen zu schützen, dieselben mit einer Leiter von der bedrohten Wand geholt, seinen Rock abgeworfen und sich übermäßig erhitzt der Zugluft ausgesetzt haben soll; nach Anderen im Cambridge, wo er den Prinzen von Wales von Kurzem besucht hatte und stark durchnäßt von der Jagd zurückgekommen war, und wieder nach Anderen bei der Revue der Freiwilligen von der Schule zu Eton. Gewiß ist, daß er schon während dieser Revue — das sind jetzt 14 Tage her und es regnete heftig — über Schmerz im Rücken klagte und seitdem seine Gemüthsstimmung nicht verlassen durfte. An ärztlichem Beistand hat es nicht gefehlt, und der Prinz war auch nicht gewohnt, ein aufsteigendes Uebel an sich oder einem der Seinigen zu vernachlässigen. Zwei Tage vor dem Hinzutreten des Prinzen hatten, da er ganz bewusstlos lag und weil auch Anzeichen am Bette des Typuskranken zu befeuchten waren, die Ärzte der Königin untersagt in seine Nähe zu kommen. Aber in seinen letzten Stunden war sie an seiner Seite, und im Augenblick seines Vercheidens legte sie die Hand seines Stallmeisters, des Generals Grey, in die des sterbenden Gatten und stürzte aus dem Zimmer.

In London erhoben sich Anklagen gegen die Ärzte, welche den Prinzen behandelten. Während man nämlich erst vierundzwanzig Stunden vor dem Tode des Prinzen zu der Einsicht gekommen sein soll, daß er an einer Lungenentzündung leide, curirten die Ärzte auf ein einfaches leichtes Schnupfenfieber hin. Die Gefahr wurde erst erkannt, als sie die Ueberhand gewonnen. Der wahre Zusammenhang wird nicht verschwiegen bleiben. Die Londoner Ärzte fühlten sich in ihrer Autorität erschüttert und in ihrer Reputation angegriffen; daher circulirt unter ihnen der Antrag, daß jene Ärzte und besonders Dr. Jenner aufgefördert werden sollen, einen genauen Rechenschaftsbericht über die Behandlung des Prinzen öffentlich abzulegen. Man fürchtet, daß sie sich bei Behandlung der Königin Victoria eines besseren Urtheils befleißigen mögen. Auch der Zustand der Königin wird von ihnen als „gut“ als „befriedigend“ gehalten, während ihre Majestät fast aus aller Fassung hinausgeworfen worden, und bei ihr große Aufregung und eine Art Erschütterung mit einander abwechseln. Ihre Majestät leidet an Schlaflosigkeit; sie ruht des Nachts höchstens zwei Stunden, phantasirt viel, schreit fortwährend auf, sucht ihren Gatten und beklagt einen Verlust, dessen Größe ihr erst jetzt fühlbar wird.

Der Brief eines Londoner Correspondenten der „Alg. Ztg.“ spricht sich mit großer Besorgnis über die Lage der Königin aus. Sie war ruhig, aber es war die Ruhe einer versteinerten Betäubung (stony stupor). Man zweifelt, ob sie in der nächsten Zeit jäbzig sein werde, den Functionen ihres hohen Berufs vorzusehen; es fragt sich, bis zu welchem Maß der Prinz von Wales ihr an die Seite treten könnte.

Ueber den Prinzen von Wales schreibt die „Times“: „Obgleich in rechtlicher Beziehung noch bis zum November 1862 ein Minderjähriger, ist die königliche Hoheit doch beinahe so alt, wie sein Vater zur Zeit seiner Verheirathung war, und über zwei Jahre älter, als seine Mutter zur Zeit ihrer Thronbesteigung. Wenn wir nun noch hinzufügen, daß seine Erziehung besonders auf ihn als den zukünftigen Träger der britischen Krone berechnet war, auf die er von seiner Geburt an die Anwartschaft hatte, und daß ihm Gelegenheiten geboten wurden, die Welt zu sehen, welche seinen Eltern, von den früheren Herrschern aus dem Hause Hannover gar nicht zu sprechen, verlag waren, so läßt sich erwarten, daß der Prinz jetzt die Fähigkeiten zeigen wird, welche einen guten König ausmachen. Seine Stellung hat sich ohne Zweifel gewaltig verändert. Noch vor einigen Tagen lebte er auf der Universität ohne einen Gedanken an das öffentliche Leben, und jetzt steht er mit einem Male auf den Stufen des Thrones als dessen erster Freund und Rathgeber. Durch die Fürsorge seines Vaters bisher selbst in noch engeren Schranken gehalten, als sonst in seinem Alter der Fall zu sein pflegt, ist er jetzt gewissermaßen das Haupt der Familie, oder doch wenigstens deren ältester männlicher Vertreter und in gewissem Sinne der Führer seiner jüngeren Geschwister geworden. Es ist das allerdings für einen jungen Mann eine hohe Bestimmung; allein sie ist zu gleicher Zeit mit den schwersten Sorgen verbunden. Der Prinz muß sich jetzt dazu entschließen, diese Sorge zu tragen, wenn es ihm darum zu thun ist, sich die Liebe und Achtung des Landes zu erwerben. Das Wohlwollen der Nation ist nicht ohne Opfer zu erlangen, und der Prinz hat, wie in der bekannten Sage, zwei Pfad vor sich, den der Pflicht und den des Vergnügens. Die nächsten paar Monate werden entscheiden, ob er in der Achtung des Volkes da stehen wird, wo sein verstorbenen Vater stand, ob wir in dem Könige, welcher über uns herrschen soll, einen Mann zu erwarten haben, der gleich seinen Eltern ein Interesse an Allem nimmt, was zur Wohlfahrt seines Volkes dient, und der im Studium dieser Angelegenheiten Geschicklichkeit und Energie an den Tag legt, oder einen Mann, dem bloß die seinem Rang und Amt gebührende Achtung zu Theil wird.“

Der Herald sagt gelegentlich der Vorlesung des

österreichischen Budgets: Oesterreich entwickelt eine wunderbare Fähigkeit, seine freien Institutionen zu benützen. Durch das neue Preßgesetz werde die Journalistik nicht nur an Unabhängigkeit die französische Presse überflügeln, sondern selbst den Neid der preussischen erregen.

### Stalien.

Der in Pisa vor einigen Tagen verstorbene ungarische Flüchtling Ludwig Winkler, gewesene Oberst unter Garibaldi in Sicilien, hat kurz vor seinem Tode den aus tieffter Ueberzeugung und schmerzhaftester Enttäuschung geschöpften Muth gehabt, ein Schreiben zu unterzeichnen, welches er in Pariser Blättern veröffentlichte, und worin er unter Aufzählung trauriger Thatfachen und Erfahrungen die ungarischen Patrioten warnte, sich von der Emigration berathen zu lassen, welche abgenüßt, alt, verkommen, verflümmelt und bläsiert, sich selbst nicht zu helfen vermag. Dieses nicht genug beachtete Schreiben eines tapferen Mannes, welcher das Ende der Täuschungen und der Selbsttäuschung herannahen fühlte, war durchhaucht von einer gereinigten, aufklärten, wehmüthigen Erinnerung an die Heimath, von einer tief religiösen Resignation. Laut Berichten aus Neapel war die Schaar Cipriano da Galas mit einem Verluste von 100 Todten und 20 Gefangenen geschlagen worden und hatte sich nach dem Tabarno zu geflüchtet.

Der ehemalige bourbonische General Marcelli wurde in Neapel auf der Post verhaftet, als er eben einen Brief von König Franz II. empfing. Ein aus Neapel vom 18. d. M. datirtes Telegramm meldet eine abermalige Eruption des Vesuvius; der Boden in Torre del Greco hat sich einen Meter hoch erhoben. Obwohl die Richtung und der Temperaturgrad der Lava keine neuen Feuersbrünste mehr besorgen lassen, so erscheint der Wiederaufbau der eingestürzten Häuser doch noch nicht rathlich. Graf Arrese ist in Neapel angekommen.

Aus Rom wird vom 14. December geschrieben: Die Abreise des päpstlichen Nuntius nach Paris, Monsignore Chigi, ist um einige Tage verschoben, die des Wlsg. Ledochowski nach Brüssel scheint eine längere Vertagung erfahren zu haben. (Wohl in Folge der Anerkennung des Königs von Italien durch die belgische Regierung.)

### Rußland.

Aus Warschau 20. Dec. wird dem „Bat.“ geschrieben: Gestern wurde hier als Galas-Tag ersten Ranges das Namensfest Sr. kaiserl. Hoheit des Großfürsten Thronfolgers Nikolaus Alexandowicz gefeiert. Abends fand Illumination statt, ohne daß wir irgend eine Demonstration erlebten. Freilich war auch das Wetter nicht dazu geeignet, denn es goß der Regen in Strömen und hier demonstirt man nur bei schönem Wetter. Indes hatte die Polizei Wachmannschaft strengen Befehl, jeden Erseß, z. B. das bisher so gewöhnliche Einwerfen der an Galatagen erleuchteten Fenster, durch sofortiges Einschreiten mit der Waffe zu unterdrücken. — Wie ganz anders war es gestern, als am Geburtstage des Kaisers am 29. April d. J., wo die Illuminirenden ihres Lebens nicht sicher waren. Der Bischof von Belst, Administrator der griechisch-unierten Diocese Ghelm, Zarafkewicz, hat unterm 13. d. Mts. an den Probst der Warschauer Basilianer-Kirche in Antwort auf dessen Anfrage wegen Deffnung dieser Kirche eine scharfe Rüge erlassen, daß die Basilianer-Gesellschaft ihre Kirche überhaupt und sogar ohne Anfrage bei ihrem vorgelegten Bischof, geschlossen haben. Er trägt dem dortigen Probst Kasimowski auf, die Kirche sofort zu öffnen, und ernstlich darüber zu wachen, daß die bekannten verbotenen Reden darin nicht gesungen werden; zuletzt überläßt der Bischof den Warschauer Basilianer-Gesellschaften allein alle Verantwortlichkeit für diese eigenmächtige Schließung der Kirche.

Wie wir aus einem Privatbriefe von gestern erfahren, ist auf Antrieb Generals Chruslow (eines Isra- eliten) in Warschau die Synagoge eröffnet worden. Dem Gottesdienste wohnte jedoch kein Rabbiner bei, noch nahm die jüdische Bevölkerung an demselben theil. Man hält eine nahe bevorstehende Militäraushebung für gewiss.

### Türkei.

Die Nachrichten aus dem Orient lauten immer bedeutlicher. So wird aus Konstantinopel unterm 11. d. Mts. Pariser Blättern gemeldet: „Russische Heerführer Paskas hat den Muth gehabt, dem Sultan zu erklären, daß die Türkei sich in einer beifolgsamen Lage befindet; die Finanzen seien auf's Tiefste zerrüttet, die Armee empfangen keinen Sold, mehrere Provinzen seien im Aufstand; er bedürfe, um der ihm als Seraskier (Kriegsminister) übertragenen Aufgabe genügen zu können, der Unterstützung der Ehrenmänner. Diese Rede ist ein Ereigniß. Im Harem nehmen die Wirren zu. Die Geldtrübsal ist bis zum Paroxysmus gediehen, die türkische Papiere sind geschlossen. Das Volk beginnt sich zu rühren. Der Sultan und die Minister lassen sich nicht sehen. Fuad Pascha, der schnellst erwartet wird, hat die Nothwendigkeit einer Reise nach Jerusalem vor sich. Man fürchtet, daß die Volksknecht sich von der Börsenagioten auf alle Christen ausdehnen wird, und hält einen Ausfall für unausbleiblich, wenn Fuad Pascha nicht bald kommt.“

Aus Moskau, 5. December, wird der „Donau-Zeitung“ geschrieben: Am 2. d. hat Dersisch Pascha mit seinem Corps die Insurgenten in Piva angegriffen. Während sich die beiden Flügel auf den Feind warfen, und auch das Centrum sich anschickte, um auf drei Punkten anzugreifen, zündeten die Insurgenten ihre Hütten an und ergriffen die Flucht. Mittlerweile setzten sich noch vier Bataillone nach Piva in Marsch, indem Dmer Pascha Willens war, die Insur-

genten mit einem Schlage zu vernichten und der Revolution ein Ende zu machen. Aus diesem Grunde wäre es dem Feldheime auch erwünscht gewesen, wenn der Feind die angebotene Schlacht angeboten hätte. Nach den jüngsten Erfolgen ist der Muth der türkischen Truppen gestiegen, der anfängliche Mangel der nothwendigen Eigenschaften des Kriegers hatte seinen Grund in den aus Constantinopel erhaltenen Befehlen, keinen Kampf zu suchen und sich auf die Defensiv zu beschränken. Der Verlust der Insurgenten im diesjährigen Feldzuge wird von türkischer Seite auf 4000 Mann an Todten und Verwundeten berechnet, während die Türken selbst nur 1000 Mann verloren haben. Factisch ist es, daß die Revolution durch die großen Verluste außerordentlich geschwächt ist. Dmer Pascha beabsichtigt bei der vorgerückten Saison sich in Subzi festzusetzen und hier durch weitere Befestigungen das Vertheidigungssystem dieser Provinz zu vervollständigen. Während der jüngsten Schilberhebung in Iopovo hatten sich einige katholische Dörfer mit den Insurgenten vereinigt: eine Anzahl Einwohner flüchtete sich jedoch nach der österreichischen Grenze. Da nun die Districte Trebinje und Solaz zur Diocese Ragusa gehören, so hat der dortige Bischof sich an Dmer Pascha mit der Bitte gemeldet, die erwähnten Flüchtlinge vor der Wuth der muslimännischen Bevölkerung zu schützen, was dieser auch zugesagt und dem dort commandirenden Oberlieutenant Ali Bey die bezüglichen Instructionen gab.

### Amerika.

Nach weiteren Nachrichten d. s. Reuter'schen Bureaus aus Newyork vom 7. December befolgt Mac Clellan noch immer seine bisherige Tactik und wartet den Zeitpunkt ab, welchen er für geeignet hält, eine Schlacht zu liefern. Die Blockade der Häfen von Charleston und Savannah wird, denselben Meldungen zufolge, bald vollständig sein. Hr. Breckinridge ist aus dem Senate ausgeflogen worden. Sodann ist ein Ausschuss ernannt worden, um zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig sei, die Sklaverei im Bezirk Columbia aufzuheben. Die Unionsregierung hat die Freilassung eines zu Washington im Gewahrsam befindlichen entlaufenen Sklaven verfügt.

Nach dem „Courrier des Etats-Unis“ ist der Herzog von Chartres in Folge eines Sturzes vom Pferde leicht verwundet worden. Nach dem Courrier des Etats-Unis hat das Bundesgericht von Newyork den Schiffsapitän Nathaniel Gordon wegen Sklavenhandels auf das Verdict der Geschworenen hin zum Tode verurtheilt. Die Hinrichtung ist auf den 7. Febr. 1862 festgesetzt. Es ist dies das erste Mal, daß die Gesetzgebung gegen den Handel in ihrer ganzen Strenge angewendet wird. Die Journale von Haiti berichten von einem Aufstande, welcher in dieser Republik stattgefunden hat. Der „Monitor Haitien“ enthält darüber folgende Note: In Gonaives sind Ruhestörungen versucht worden. Die Regierung hat die energigsten Maßregeln ergriffen und alle diejenigen, welche schuldig erkannt werden, verfallen dem Schwerte der Gerechtigkeit.

Das „Feuille de Commerce“ sagt: In Gonaives haben einige Ruhestörungen stattgefunden. In der Nacht vom 6. auf den 7. Nov. soll man den Versuch gemacht haben, sich des Arsenals zu bemächtigen. Sobald die Regierung davon benachrichtigt wurde, schickte sie mehrere Abtheilungen Wachen dahin ab. Eine Delegation aus drei Generalen und einem Oberst bestehend, mit welcher sich der Regierungscommissär bei dem Gerichtshofe von Gonaives vereinigen wird, hat sich in diese Stadt begeben.

### Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakan, 23. December. In der Angelegenheit der schon 1853 von der Commission des Armen- und Kranken-Anstalts in Tarnow beschlossenen Gründung einer Darlehens-Bank nach dem Muster der Kemberger armenlichen Bank und des Wiener Verschaffens haben sich dem „Dz. P.“ zufolge die Einwohner Tarnow's neuerdings mit dem Veruche der Concessions-Ertheilung an ein h. k. k. Ministerium gewandt.

Am 16. d. verstarb in Lemberg der im Fache der Geschichte und Publicistik thätige Schriftsteller Graf Alexander Stadnietz, Sohn des Grafen Anton und Gräfin Stadnietz geb. Fürstin Jablonowska. Wie dem „Diennit Polski“ aus Tschern geschrieben wird, hat die Gemeinde Wiatrowice im Herzogthum Teschen in Schlesien am 30. September dem Reichsrathsabgeordneten Dr. Franz Smolka das Bürgerrecht ertheilt und in einer in polnischer Sprache verfaßten Adresse dies zu dessen Kenntniß gebracht. Am 7. d. wurde in Tschern nach erfolgter Erlaubnis von Seiten der Regierung ein öffentliches Lesekabinett eröffnet, welches bis jetzt 110 ständige Mitglieder zählt und über 40 größentheils polnische Journale (darunter zwei deutsche) und eine Bibliothek im Werthe von mehr als 1000 fl. d. W. besitzt. An der Ausstattung derselben haben sich namentlich die Warschauer Redactoren und Buchhändler beteiligt.

### Handels- und Börsen-Nachrichten.

Bei der vorgestern Abends stattgehabten Verlosung der großen Geldlotterie, deren Betrag zur Erbauung eines Zirkens in Lemberg bestimmt ist, wurden folgende große Treffer gezogen: — Jedes Los der beiden Serien Nr. 230 und 97 gewinnt 10 fl.; Jedes Los der beiden Serien Nr. 265 und 183 gewinnt 5 fl.; ferner: Nr. 115,812 gewinnt 80,000 fl.; Nr. 263,371 gew. 30,000 fl.; Nr. 14,986 gew. 20,000 fl.; Nr. 5701 gew. 10,000 fl.; Nr. 196,277 und 122,854 gewinnen je 5000 fl.; Nr. 224,013, 221,437 und 166,911 gewinnen je 4000 fl.; Nr. 174,383, 45,294, 50,561, 269,810 gewinnen je 3000 fl.; Nr. 213,798, 142,781 und 47,044 gewinnen je 2000 fl.; Nr. 213,357, 211,672, 183,310, 24,839, 68,441, 176,613, 208,203, 51,896, 145,466, 155,565, 40,142, 166,978, 185,550, 101,427, 142,781 und 47,044 gewinnen je 1000 fl. Die übrigen Treffer sind zwischen 500 fl. und 50 fl. Die Verlosung und Nachtreffer, welche auf die Lose der ersten vier Treffer entfallen sind aus dem Spielplan ersichtlich. Bei der Ziehung von 464 Obligationen der Südbahn-Gesellschaft wurden folgende Nummern gezogen: Aus der Serie A Nr. 153,101 bis 153,200; ferner Nr. 36,200, dann 104,801 bis 104,900 und Nr. 67,438 bis 67,500. — Aus der Serie C Nr. 36,901 bis 37,000 und Nr. 1,971. — Die Rückzahlung dieser gezogenen Obligationen mit je 500 Francs oder 20 Pfd. Sterling findet am 2. Jänner 1862 u. z. in Wien bei der

Kreditanstalt in österr. W. nach dem Wechselcourse auf Paris am Tage der Rückzahlung statt.

Bei der stattgehabten Verlosung der Anleihe der Eriester Lloyd-Gesellschaft vom Jahre 1852 wurde die Serie Nr. 14 mit Obligationen im Gelammtbetrage von 150,000 fl. gezogen. Die Rückzahlung erfolgt zu dem Nennwerthe der Obligationen.

Paris, 21. December. Schlusscourse: 3perc. Rente 67.40. — 4perc. 94.50. — Staatsbahn 502. — Cred.-Mob. 722. — Lomb. 510. — Oester. Cred. fehlt. — Consols mit 90% gemeldet. — Haltung fest, wenig Geschäft.

London, 21. December. Schlusscourse: 90%. — Wien fehlt. — Lomb. 510. — Silber 61 1/2.

Paris, 20. December. Schlusscourse: 3perc. Rente 67.25. — 4perc. 94.65. — Staatsbahn 501. — Cred.-Mob. 718.

London, 20. December. Schlusscourse: 90%. — Wien 14.40. — Lomb. 510. — Silber fehlt. — Wochenaußweis der englischen Bank: Notenumlauf 10,441,710 fl., Metallvorrath 15,611,347 fl.

Lemberg, 20. December. (L. Z.) Vom heutigen Markte notiren wir folgende Preise: 1 Megen Weizen (81 Pfd.) 4 fl. 91 fr.; Korn (76 Pfd.) 3 fl. 45 fr.; Hafer (45 Pfd.) 1 fl. 44 fr.; Gersten 3 fl. 18 fr.; Rindfleisch 3 fl. 70 fr.; Erdäpfel 1 fl. 68 fr. — 1 Bunter Hen 1 fl. 12 fr.; Schafstoch 64 fr. — Buchenholz der Klasse 13 fl.; Kieferholz 6 fl. 90 fr. Der Verkauf im Kleinen ohne Preisveränderung. Am 16. d. M. ist vom Lande nichts zu Markte gebracht worden.

Krakauer Cours am 21. December. Silber-Rudel 100 fl. p. 110 1/2 verl., fl. p. 108 1/2, gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 339 verlangt, 333 bezahlt. — Preuß. Courant für 100 fl. österr. Währung fl. 139 verlangt, 71 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 139 verlangt, 139 bez. — Russische Imperiale fl. 11.60 verl., 11.44 bezahlt. — Napoleonsd'ors fl. 11.34 verlangt, 11.18 bezahlt. — Holländische holländische Dufaten fl. 6.60 verl., 6.52 bezahlt. — Holländische österr. Rand-Dufaten fl. 6.68 verl., 6.60 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst l. Coup. fl. p. 102 verl., 101 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coup. in österr. Währung fl. 81 1/2 verl., 80 1/2 bez. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv.-Münze fl. 85 1/2 verl., 84 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 67 1/2 verl., 66 1/2 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 81 1/2 verl., 80 1/2 bezahlt. — Aktien der Carl-Ludwig-Bahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung 80% fl. österr. Währ. 168 verl., 166 bez.

Lotto-Ziehungen vom 21. December. Wien: 83, 48, 13, 66, 44. Prag: 86, 2, 12, 74, 30. Graz: 86, 74, 37, 83, 40.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. December. Das gestern allgemein verbreitete Börsengerücht in Betreff eines Ministerwechsels wird heute in sonst stets gut unterrichteten Kreisen dementirt.

Der Landtag wird am 14. Jänner eröffnet. Nach der „A. Pr. Z.“ soll Hamburg eine Flotten-Convention mit Hannover abgeschlossen haben.

Sternberg, 21. Dec. Die Regierung hat die Zoll- und Steuer-Propositionen nochmals vorgelegt, die Ritterschaft Gegenanträge gemacht, der Landtag dieselben aber nicht angenommen.

In Hannover ist am 21. d. der Cultusminister Böhmer nach längerer Krankheit gestorben. Man bezeichnet den Cultusminister Bergmann als seinen Nachfolger.

Das Warschauer Regierungsblatt vom 21. d. enthält drei Ufsa, welche die Entlassung Wielopolski's, die Ernennung des Senators Hube zum Cultusminister und des Staatsrathes Dembowski zum Justizminister melden.

London, 21. Dec. Die heutige „Morning Post“ leugnet, daß der amerikanische Gesandte in London eine friedliche Depesche erhalten habe. Die Depesche Lord Lyons sei in einem sehr gemäßigten Tone abgefaßt.

Kopenhagen, 21. Dec. Der Folkething hat das Finanzgesetz angenommen, worauf der Reichstag verlag wurde.

Belgrad, 20. December. Sarafschanin wurde zum Proskamm und Minister des Äußeren ernannt; der bisherige Proskamm Philipp Christoff tritt wieder in den Senat. Der Senatspräsident Steofcha Mikailowitsch wurde in den Ruhestand versetzt; dessen Stelle erhielt der Senator Jovan Marinowitsch.

Turin, 20. December. Die „Gazzetta di Torino“ bemerkt: Rattazzi bestreite trotz des Ersuchens der Kammer auf seiner Demission als Kammer-Präsident. Die Ernennung Ponga di San Martino's zum Minister des Innern scheint gewiss.

Levantische Post. (Mittheilung des Lloyd-Dampfers „Lucifer“ am 20. d. in Triest eingetroffen. Konstantinopel, 14. Decbr. Der neue englisch-türkische und französisch-türkische Zolltarif, auf den neuen Handelsverträgen beruhend, wurden unterzeichnet. Die englischen Kommissäre Hobart und Forster sind nach London abgereist. Die Palast-Schulden aus der Regierungsperiode Abdul Medschid's sollen 10% Mill. Pfd. St. betragen.

In mehreren Provinzen, wie in Bagdad und Smyrna, wird die Annahme von Kaimes verweigert. In Zuliska wurden mehrere fremde Emirs ausgezweifelt.

Smyrna, 13. Dec. Riza Pascha geht morgen nach Koniah.

Athen, 14. Dec. Der Unterofficier, welcher beschuldigt war, er habe Dofios befreien wollen, wurde zu 5jähriger Festungshaft verurtheilt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 21. und 22. December.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Stanislaus Graf Dettrowitz aus Roskiele, Ladislaus Graf Komor aus Dabie, Albert Brantys aus Kalwaria, Gerard Dymowski aus Gro. unist. Jozefat Kaluzi aus Segartowice, Jozefat Rudzi und Stanislaus Wydzewski aus Polen. Ludwig Bielicki und Kasimir Gielicki aus Galizien. Anatoli Wladimiroff aus Smolice. Kaveri Petrowicz aus Wloclaw. Ferner Herr Franz Urbanek, erp. zöglicher Verwalter, aus Geybusch. Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Kasimir Graf Starzycki, Stanislaus Graf Rej und Heinrich Turnau nach Galizien. Alfred Graf Los nach Bobin. Ladislaus Wieleki nach Polen. Albert Brantys nach Kalwaria. Cleutcher Krobicki nach Galizien. Jozefat Kaluzi nach Segartowice. Ludwig Bielicki nach Wien.



udgiver: Antoni Rother.